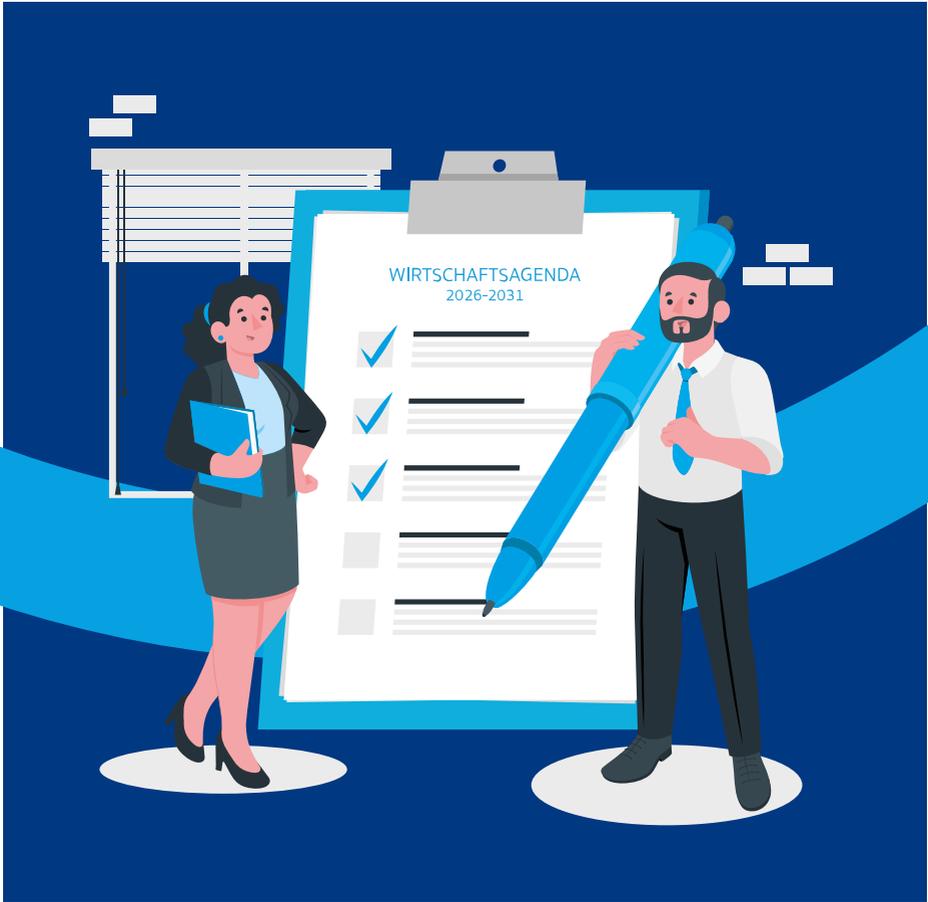


Wirtschaftsagenda

2026-2031



Kommunalpolitische Handlungsempfehlungen der IHK Wiesbaden für die Landeshauptstadt Wiesbaden, den Rheingau-Taunus-Kreis und Hochheim am Main

Vorwort

Die hessischen Kommunalwahlen im Frühjahr 2026 stellen auch in der Wirtschaftsregion Wiesbaden entscheidende Weichen für die kommenden fünf Jahre. Die wirtschaftlichen Herausforderungen sind groß: Die Dynamik ist in den vergangenen Jahren weitgehend zum Erliegen gekommen, viele Unternehmen erleben eine Phase der Stagnation. Gleichzeitig geraten die kommunalen Haushalte zunehmend unter Druck.

Als Stimme der gewerblichen Wirtschaft in Wiesbaden, dem Rheingau-Taunus-Kreis und Hochheim bringt die Industrie- und Handelskammer Wiesbaden konkrete Empfehlungen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts ein – basierend auf dem engen Austausch mit ihren rund 36.000 Mitgliedsunternehmen. Ziel ist es, Lösungen für eine wirtschaftlich starke, zukunftsfähige Region aufzuzeigen – über Stadt- und Kreisgrenzen hinweg.

Wir laden Politik und Verwaltung ein, diese Impulse aufzugreifen und gemeinsam mit der Wirtschaft die Zukunft unserer Region aktiv zu gestalten.



Jörg Brömer

Präsident der IHK Wiesbaden



Sabine Meder

Hauptgeschäftsführerin der IHK

Inhaltsverzeichnis

1. Solide Kommunalfinanzen sichern Wettbewerbsfähigkeit	03
2. Verwaltung zum Partner der Wirtschaft entwickeln	04
3. Flächen für Wachstum sichern	06
4. Infrastruktur modernisieren und Mobilität besser steuern	08
5. Innenstädte und Ortszentren neu beleben	10
6. Regionale Energiewende wirtschaftlich gestalten	12
7. Fachkräfte sichern durch Ausbildung und Wohnraum	14
8. Gründungen erleichtern und stärken	16
9. Tourismus- und Tagungsstandort ausbauen	18
10. Interkommunale Zusammenarbeit stärken	20



1. Solide Kommunalfinanzen sichern Wettbewerbsfähigkeit

➔ Wie es ist

Ein starker Wirtschaftsstandort braucht gesunde und stabile Kommunalfinanzen. Doch vielerorts steigen die Ausgaben schneller als die Einnahmen. Gleichzeitig sind die Belastungen für Unternehmen hoch: In vielen Kommunen wurden Gewerbe- und Grundsteuern in den vergangenen Jahren bereits erhöht. Bleiben strukturelle Reformen aus, drohen weitere Steuererhöhungen – auf Kosten von Investitionen und Standortattraktivität.

↗ Wie es besser wird

- **Haushalte regelmäßig überprüfen** – auf Einsparpotenziale und freiwillige Leistungen. Steuererhöhungen dürfen nur das letzte Mittel sein.
- **Strategisch haushalten – nach dem Prinzip:** erst priorisieren, dann investieren.
- **Personalausgaben im Blick behalten** – Ein kontinuierlicher Stellenaufbau ist auf Dauer nicht tragfähig. Notwendig sind eine regelmäßige Aufgabenkritik und die Konzentration auf kommunale Kernaufgaben, um Strukturen effizient und schlank zu halten. Die Chancen von Digitalisierung und KI sollten konsequent genutzt werden, um Prozesse zu automatisieren und den Personalbedarf langfristig zu begrenzen.
- **Mehrjährige Finanzplanung realistisch gestalten** – auf Basis plausibler Einnahme- und Ausgabeszenarien.
- **Infrastrukturvermögen gezielt einsetzen** – für zukunftsorientierte Investitionen statt zur Deckung laufender Defizite.

↑ Wie wir uns stark machen

Wir bringen uns mit Stellungnahmen, Gutachten und einem kontinuierlichen Monitoring der kommunalen Hebesätze in die politische Diskussion ein. Zudem schaffen wir mit Analysen und Studien (z. B. „Wirtschaftsfaktor Tourismus“) Transparenz über die wirtschaftliche Bedeutung kommunaler Einnahmequellen und geben konkrete Empfehlungen für eine solide Finanzpolitik.



2. Verwaltung zum Partner der Wirtschaft entwickeln

➔ Wie es ist

Langsame Abläufe, fehlende digitale Angebote, uneinheitliche Vorgaben und eine häufig überbordende Bürokratie erschweren das tägliche Geschäft der Unternehmen. Genehmigungsverfahren ziehen sich zu lange hin, digitale Services funktionieren nicht zuverlässig. Betriebe wünschen sich eine Verwaltung, die sie partnerschaftlich unterstützt, Vertrauen zeigt und nicht vom Grundsatz des Misstrauens ausgeht.

Wie es besser wird

- **Verwaltungsprozesse beschleunigen** – insbesondere bei Genehmigungen. Wo Genehmigungsfiktionen rechtlich möglich sind, sollten kommunale Verfahren gezielt darauf ausgerichtet werden, um Entscheidungen planbar und verbindlich zu machen.
- **Verwaltung digitalisieren** – Digitale Portale (z. B. für Gewerbemeldungen) müssen stabil laufen, intuitiv bedienbar und rechtlich verbindlich sein. Auch der Einsatz von KI kann helfen, Abläufe zu beschleunigen und Ressourcen gezielter einzusetzen – etwa durch automatisierte Vorgangsbearbeitung oder intelligente Formularassistenten.
- **Bürokratie spürbar abbauen** – durch konsequente Nutzung kommunaler Handlungsspielräume im Rahmen des rechtlich Möglichen, insbesondere durch mehr Allgemeinverfügungen statt Einzelgenehmigungen (z. B. bei Veranstaltungen), durch Reduktion von Detailregelungen, Antrags- und Berichtspflichten (z. B. bei Bauprojekten) und durch stärkere Nutzung von Ausnahmetatbeständen (z. B. bei Gestaltungssatzungen).
- **Zuschlagskriterien intelligenter gestalten** – Öffentliche Vergaben sollten stärker auf Qualität, Umsetzungsfähigkeit und Lebenszykluskosten ausgerichtet werden statt allein auf den scheinbar günstigsten Preis.
- **Verwaltungskultur weiterentwickeln** – von der prüfenden zur gestaltenden Rolle. Wirtschaftliches Verständnis fördern und Dialog auf Augenhöhe stärken. Lösungsorientierung statt Problemorientierung.
- **Gute Beispiele sichtbar machen** – Vorreiter-Kommunen identifizieren, Reallabore ermöglichen und Best Practices systematisch verbreiten.

Wie wir uns stark machen

Wir erfassen regelmäßig die Erfahrungen unserer Unternehmen mit Verwaltungsabläufen und geben die Ergebnisse in Whitepapers und Stellungnahmen an die Politik weiter. Über den hessenweiten Bürokratiemelder sammeln wir konkrete Praxisbeispiele und machen so Hemmnisse sichtbar. Zudem identifizieren und verbreiten wir Best Practices aus Vorreiter-Kommunen, um positive Beispiele in die Region zu tragen.



3. Flächen für Wachstum sichern

➔ Wie es ist

Ein Mangel an Gewerbeflächen bremst Investitionen, verhindert Betriebserweiterungen und erschwert dringend benötigte Neuansiedlungen – mit spürbaren Folgen für Beschäftigung und kommunale Einnahmen. Allein die in Wiesbaden bereits ansässigen Betriebe sehen bis 2035 einen zusätzlichen Flächenbedarf von rund 163 bis 183 Hektar. Fast 40 Prozent der Unternehmen erwägen, aufgrund fehlender Entwicklungsmöglichkeiten den Standort zu verlassen. Gleichzeitig werden (kleinteilige) Gewerbeflächen häufig für Wohnbebauung umgewidmet – das Gleichgewicht zwischen Wohnraum- und Gewerbeflächenentwicklung ist aus dem Lot geraten.

➔ Wie es besser wird

- **Gewerbeflächen vorausschauend und zukunftsfähig entwickeln** – auch über Gemeindegrenzen hinweg. Die kommunale Planungshoheit dabei aktiv und strategisch nutzen.
- **Brownfields nutzen** – brachliegende Gewerbe- und Industrieflächen erfassen, sichern und für neue Nutzungen aktivieren. Diese Flächen bieten wertvolle Entwicklungspotenziale – ohne zusätzlichen Flächenverbrauch.
- **Gewerbeflächenkonzepte als kommunale Praxis etablieren** – um Potenziale zu erkennen und Entwicklungen gezielt zu steuern.
- **Umfassende Ausweisungen im neuen Flächennutzungsplan Wiesbaden sichern** – für maximale Handlungsoptionen in der späteren Bauleitplanung.
- **Gewerbeflächen für das Ostfeld kompensieren** – die Umsetzung der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Ostfeld in der derzeit vorgesehenen Form bedingt zwingend die Schaffung von zusammenhängenden Gewerbeflächen in angemessenem Umfang.
- **Industrie Arbeitsplätze gezielt ansiedeln** – insbesondere für Geringqualifizierte. Eine Industriestrategie für Wiesbaden kann neue Perspektiven schaffen.



↑ Wie wir uns stark machen

Wir bringen uns mit konkreten Vorschlägen in Stadt- und Regionalentwicklung ein und vertreten als Träger öffentlicher Belange die Interessen unserer Mitgliedsunternehmen in der Bauleitplanung. Mit dem IHK-Projekt „zukunftsfähige Gewerbegebiete“ zeigen wir zudem, welche Standortbedingungen entscheidend sind, damit die Wirtschaftsregion auch künftig erfolgreich bleibt.



4. Infrastruktur modernisieren und Mobilität besser steuern

→ Wie es ist

Straßen, Schienen und Brücken sind vielerorts in schlechtem Zustand – der Sanierungsstau ist offenkundig. Maßnahmen wie der Rüdeshheimer Europakreisel werden jahrzehntelang diskutiert, bevor sie überhaupt in die Umsetzung kommen. In Wiesbaden sorgen über 5.000 Baustellen jährlich für massive Verkehrsprobleme – obwohl die Stadt stark auf die Erreichbarkeit aus dem Umland angewiesen ist. Der ÖPNV wurde zuletzt immer wieder durch Sparswänge ausgebremst – ein tragfähiges, faktenbasiertes Gesamtkonzept fehlt. Auch beim Radverkehr wurden zwar Fortschritte erzielt, doch im hessenweiten Vergleich bleibt Wiesbaden nur Mittelmaß.

↗ Wie es besser wird

- **Baustellenmanagement verbessern – Kommunikation und Koordination stärken:** In Wiesbaden sollten koordinierende Stellen ämterübergreifend Bauabläufe besser abstimmen. Die Kommunikation mit Bürgern und Wirtschaft ist deutlich zu verbessern – auch über eine zeitgemäße und funktional erweiterte Baustellenkarte (Erfassung aller Baustellen, die länger als eine Woche in Anspruch nehmen oder an besonders exponierten Stellen liegen, Nennung von Ansprechpartnern).
- **Verkehrsfluss verbessern – Maßnahmen sachlich überprüfen:** Abbiegeverbote, Pförtnerampeln und Ampelschaltungen sollten regelmäßig evaluiert und bei Bedarf angepasst bzw. zurückgenommen werden. Auch der zugrunde liegende Luftreinhalteplan ist fortzuschreiben.
- **Infrastruktur wirtschaftsnah planen** – Verkehrsentscheidungen sollten sich an den tatsächlichen Mobilitätsbedarfen orientieren. Dazu gehören Pendlerströme ebenso wie die Anforderungen von Handel, Tourismus und Dienstleistungsbranchen – etwa im Liefer- und Logistikverkehr.
- **Tempo-30- und Tempo-40-Zonen ergebnisoffen evaluieren** – mit Blick auf Verkehrsfluss, Lärmschutz und Luftqualität.

- **Emotionalisierte Debatten beenden** – Wiesbaden benötigt ein gesamtstädtisches, faktenbasiertes Mobilitätskonzept für den ÖPNV. Erst auf dieser Grundlage kann sachlich entschieden werden, welche Verkehrsträger künftig Priorität erhalten.
- **ÖPNV ausbauen statt kürzen** – nur ein leistungsfähiges Angebot überzeugt zum Umstieg, gerade im ländlichen Raum. Teil der Lösung sind mehr Umweltsparen, mehr und bessere P+R-Angebote und verlässliche Finanzierungsperspektiven für die Verkehrsbetriebe.
- **Aartalbahn reaktivieren** – die Machbarkeitsstudie bestätigt ihren Nutzen. Gerade für den Untertaunus ist sie ein großer Gewinn. Nach Jahren des Stillstands braucht es nun eine zügige Umsetzung.
- **Bedeutung des Güterverkehrs berücksichtigen** – auch über kommunale Grenzen hinaus: Ein leistungsfähiger (Schiene-)Güterverkehr ist für Industrie und Mittelstand essenziell. Kommunale Mobilitätsplanung sollte dessen Anforderungen mitdenken und sich für eine bessere regionale Anbindung einsetzen.
- **Radverkehr gezielt ausbauen** – Auf bereits Erreichtem aufbauen und Lücken im Radwegenetz schließen. Neue Radwege dürfen jedoch nicht zulasten zentraler Verkehrsachsen gehen. Die Leistungsfähigkeit wichtiger Verkehrsadern muss erhalten bleiben – auch im Interesse reibungsloser Pendlerströme und der wirtschaftlichen Erreichbarkeit.
- **Infrastruktur für E-Mobilität und Glasfaser verbessern** – insbesondere in unterversorgten Gewerbegebieten im Rheingau-Taunus-Kreis.

Wie wir uns stark machen

Wir bringen konkrete Vorschläge ein, wie Verkehrs- und Infrastrukturprojekte schneller vorankommen und helfen der Politik beim Setzen von Prioritäten. Gleichzeitig unterstützen wir Unternehmen bei der Entwicklung betrieblicher Mobilitätskonzepte und zeichnen mit dem „Prädikat Vorbildlich Mobil“ gute Beispiele aus.



5. Innenstädte und Ortszentren neu beleben

➔ Wie es ist

Innenstädte und Ortskerne stehen vielerorts unter Druck: Die Attraktivität nimmt spürbar ab, die Herausforderungen rund um Sauberkeit, Sicherheit und Aufenthaltsqualität wachsen. In der Wiesbadener Innenstadt etwa führen hohe Passantenfrequenzen nicht automatisch zu hohen Umsätzen. Besonders im stationären Einzelhandel ist die Stimmung angespannt – im IHK-Konjunkturbericht bildet die Branche regelmäßig das Schlusslicht.

➔ Wie es besser wird

- **Leerstände aktiv angehen:** Auch wenn Kommunen nicht jede leerstehende Immobilie selbst übernehmen können, können sie durch Konzeptentwicklungen, die Gewinnung von Investoren oder kreative Zwischennutzungen – etwa in Form von Pop-up-Formaten – wertvolle Impulse setzen. Rechtliche Vorgaben – etwa bei Stellplatznachweisen oder der Parkplatzablöse – sollten auf ihre Praxistauglichkeit hin überprüft werden.
- **Aufenthaltsqualität steigern:** Eine gezielte Aufwertung öffentlicher Plätze und verstärkte Maßnahmen für mehr Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit sind entscheidende Faktoren, um Innenstädte wieder lebenswerter zu machen. Aspekte der Klimaanpassung – etwa durch Beschattung oder Trinkwasserbrunnen – sollten dabei ebenso berücksichtigt werden wie die frühzeitige Einbindung der lokalen Gewerbetreibenden.



- **Kreativpotenziale nutzen – Raum für Experimente schaffen:** Impulse aus Kreativwirtschaft, Wissenschaft und Start-ups sollten gezielt eingebunden werden. Dafür braucht es Freiräume für Experimente, Zwischennutzungen und Leuchtturmprojekte zur Belebung der Innenstadt.
- **Mehr verkaufsoffene Sonntage ermöglichen:** Die Chancen (zusätzlicher) verkaufsoffener Sonntage sollten im offenen Dialog mit dem Einzelhandel vor Ort geprüft werden.
- **Innenstädte besser erreichbar machen:** Attraktive Innenstädte brauchen gute ÖPNV-Anbindungen – auch zu Randzeiten – sowie günstige Parktarife oder Parkpauschalen, etwa an Samstagen, zu Festen oder verkaufsoffenen Sonntagen.
- **Masterplan Innenstadt Wiesbaden** konsequent fortführen und systematisch umsetzen. Hierfür müssen auch entsprechende Mittel bereitgestellt werden.
- **Citymanagement stärken:** Das Citymanagement Wiesbaden braucht ausreichende Ressourcen, Kompetenzen und die notwendige Flexibilität, um Innenstadtimpulse wirksam koordinieren zu können. Zusätzlich braucht es einen hauptamtlichen „Nachtbürgermeister“.

↑ Wie wir uns stark machen

Wir beraten Politik und Verwaltung zu Fragen einer zukunftsfähigen Innenstadt- und Ortsentwicklung. Gleichzeitig unterstützen wir Händler und Gastronomen mit Webinaren, Netzwerken und Veranstaltungen und stärken Gewerbevereine mit einer eigenen Seminarreihe sowie dem jährlichen „Tag der Gewerbevereine“. Mit der Initiative „heimat shoppen“ setzen wir zusätzliche Impulse für lebendige Innenstädte und Ortszentren.



6. Regionale Energiewende wirtschaftlich gestalten

→ Wie es ist

Die Energiewende wird vor Ort umgesetzt – in Städten, Gemeinden und Landkreisen. Entsprechend groß sind die Herausforderungen, denen sich die Kommunen stellen müssen. Für das Erreichen der Klimaziele ist ein zügiger Ausbau regional erzeugter erneuerbarer Energien unverzichtbar. Doch vielerorts kommt der Ausbau nur schleppend voran, vorhandene Potenziale bleiben ungenutzt.

↗ Wie es besser wird

- **Erneuerbare Energien gezielt ausbauen – Nutzungskonflikte vermeiden:** Der Ausbau erneuerbarer Energien sollte konsequent vorangetrieben werden – vorrangig auf versiegelten oder vorbelasteten Flächen. Flächen sind sparsam und gut begründet zu nutzen – bei landwirtschaftlichen Flächen bietet sich eine Doppelnutzung mit Agri-PV an.
- **Wirtschaftliche Chancen für Kommunen nutzen:** Ein einziges Windrad auf kommunalen Flächen kann jährlich rund 130.000 Euro in Form von Pacht, Gewerbesteuer und gesetzlicher Beteiligung für die Gemeindekasse einbringen.
- **Potenziale sachlich prüfen – auch in sensibleren Lagen:** Standorte im Rheingau und auf den Taunushängen sollten nicht von vornherein für erneuerbare Energien ausgeschlossen werden. Stattdessen sollten sie auf Basis nachvollziehbarer Kriterien ergebnisoffen bewertet und bei Eignung weiterverfolgt werden.
- **Unternehmen und lokale Akteure einbinden:** Ihre Beteiligung am Ausbau erneuerbarer Energien fördert Akzeptanz, stärkt die regionale Wertschöpfung und kann die Energiepreise wie auch die CO₂-Bilanzen positiv beeinflussen.
- **Kommunale Wärmeplanung mit Einbindung der regionalen Wirtschaft zügig umsetzen:** Sie schafft Planungssicherheit für Unternehmen und ist zentral für die klimafreundliche Energieversorgung der Zukunft.



- **Netzinfrastruktur verbessern** – mit Blick nach vorn: Der Ausbau lokaler Strom- und Wärmenetze muss ebenso mitgedacht werden wie die künftige Rolle von Wasserstoff als Energieträger.
- **Klimaanpassung integrieren:** Neben dem Klimaschutz sollten alle Infrastruktur- und Stadtentwicklungsprojekte auch Möglichkeiten zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels berücksichtigen.

Wie wir uns stark machen

Wir unterstützen Unternehmen mit Initialberatungen, Sprechtagen und Netzwerken wie ÖKOPROFIT, CSR Regio.Net und dem Energieeffizienznetzwerk ETA-Metropol Rhein Main Neckar. Darüber hinaus bringen wir über unseren Ausschuss „Nachhaltige Wirtschaft“ Impulse in die regionale Energiewende ein und zeigen auf, wie Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit zusammengehen.



CSR Regio.Net
Wiesbaden



ETA-Metropol
Rhein Main Neckar



7. Fachkräfte sichern durch Ausbildung und Wohnraum

→ Wie es ist

Der Fachkräftemangel zählt zu den größten Herausforderungen für die regionale Wirtschaft – mit spürbaren Auswirkungen auf Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft. Kommunen spielen eine Schlüsselrolle bei der Fachkräftesicherung: durch starke Bildungs- und Ausbildungsangebote sowie ausreichend bezahlbaren Wohnraum. Gerade bei der Ausstattung der Berufsschulen und der Wohnraumsituation für Auszubildende und Fachkräfte besteht erheblicher Handlungsbedarf.

↗ Wie es besser wird

- **Berufsorientierung frühzeitig stärken** – durch intensives Ausbildungsmarketing im Zusammenspiel mit Schulen, Betrieben und Partnern wie der IHK.
- **Schulen modernisieren und zukunftsfest aufstellen:** Investitionen in Gebäude, Ausstattung und digitale Infrastruktur sind unerlässlich für eine zeitgemäße Ausbildung. Wichtig ist, dass diese Investitionen dauerhaft gesichert und als kontinuierliche Aufgabe verstanden werden.
- **Berufsschulentwicklungsplanung überregional verzahnen** – in Zeiten sinkender Azubizahlen muss die überregionale Zusammenarbeit verstärkt werden.
- **Bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende schaffen** – insbesondere durch Förderung innovativer Wohnkonzepte, die sich gezielt an junge Menschen in Ausbildung richten. Kommunen sollten dabei auch Unternehmen unterstützen, die sich selbst für Azubi-Wohnen engagieren, und entsprechende Partnerschaften aktiv fördern.
- **Betreuungsangebote ausbauen** – Eine verlässliche, flexible und bezahlbare Kinderbetreuung ist für viele Fachkräfte ein entscheidender Standortfaktor. Kommunen sollten die Bedarfsplanung vorausschauend gestalten und Kooperationen mit Unternehmen fördern.
- **Fachkräfte gezielt gewinnen:** Kommunen sollten sich als lebenswerte Wohnorte für Fachkräfte positionieren – mit einem attraktiven Umfeld, guter Infrastruktur und aktiver Willkommenskultur.



Wie wir uns stark machen

Wir bringen uns aktiv in die Schulentwicklungsplanung ein, um für unsere Ausbildungsbetriebe die bestmögliche schulische Betreuung ihrer Auszubildenden zu sichern. Wir begleiten Unternehmen, Auszubildende und Fachkräfte mit vielfältigen Angeboten – von Berufsorientierung und Ausbildungsberatung über Prüfungen bis hin zu Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogrammen. Mit dem IHK-Audit „Ausgezeichneter Wohnort“ unterstützen wir zudem Städte und Gemeinden dabei, sich attraktiv für Fachkräfte und ihre Familien aufzustellen.



8. Gründungen erleichtern und stärken

➔ Wie es ist

Wiesbaden und der Rheingau-Taunus gehören gemessen an der Einwohnerzahl zu den gründungsstärksten Regionen Hessens. Dennoch stagnieren die Zahlen seit geraumer Zeit. Viele Gründungsprozesse verlaufen langwierig, bürokratisch und sind nicht ausreichend auf die Bedürfnisse von Gründerinnen und Gründern ausgerichtet. Es fehlt an Tempo, politischer Priorität und mehr regionaler Zusammenarbeit.

Wie es besser wird

- **Förderprogramme verstetigen** – erfolgreiche Angebote wie „InnoStartWI“ und der „Mietzuschuss für Gründungen“ sollten dauerhaft gesichert und weiterentwickelt werden.
- **Gründungsprozesse digitalisieren und beschleunigen** – durch durchgängig digitale Verfahren und klare Zuständigkeiten.
- **„One-Stop-Shop“ für Gründungen schaffen:** Eine zentrale, kompetente und niedrigschwellige Anlaufstelle – z. B. als gemeinsames Pilotprojekt mit der IHK – erleichtert den Einstieg in die Selbstständigkeit.
- **Bestehende Gründungszentren sichern und weiterentwickeln** – wie die Gründungsfabrik Rheingau oder das Alte Gericht in Wiesbaden als kreative Keimzellen.
- **Hochschulen als Gründungsmotor stärken:** Kooperationen mit bestehenden Einrichtungen und Netzwerken gezielt ausbauen, um akademische Gründungspotenziale besser zu erschließen. Um zusätzliche Impulse für die Gründungskultur zu setzen, sollte sich die Landeshauptstadt Wiesbaden für die Ansiedlung einer Universität stark machen.
- **Sichtbarkeit der Gründungsszene erhöhen** – z. B. durch Wettbewerbe, Netzwerkveranstaltungen und gezielte Kommunikation.
- **Leerstände als Chance nutzen:** Un- oder untergenutzte Flächen aktiv für Gründungen verfügbar machen – etwa durch Zwischennutzung oder kooperative Modelle mit Eigentümern.

Wie wir uns stark machen

Wir begleiten Gründer von der Idee bis zur Umsetzung – mit individueller Beratung, kostenfreien Sprechtagen und Unterstützung bei Businessplänen, Finanzierung oder Nachfolge. Über die Wirtschaftsjunoren fördern wir ein starkes Netzwerk junger Unternehmer und bringen die regionale Gründungsszene zusammen. Zudem hat der Ausschuss Junge Wirtschaft ein Leitbild für die Gründungsregion entwickelt und arbeitet kontinuierlich an besseren Rahmenbedingungen – etwa durch die Einsetzung eines Runden Tisches und verschiedene Arbeitsgruppen.



9. Tourismus- und Tagungsstandort ausbauen

→ Wie es ist

Der Tourismus ist ein zentrales wirtschaftliches Standbein der Region: 2024 wurden im IHK-Bezirk über 1 Milliarde Euro Bruttoumsatz erwirtschaftet. Davon profitieren nicht nur Hotellerie und Gastronomie, sondern auch Einzelhandel, Kultur und zahlreiche Dienstleistungsbranchen. Gleichzeitig steht die Region im intensiven Wettbewerb um private und geschäftliche Gäste. Der Kurbeitrag in Wiesbaden liegt mit 5 Euro pro Nacht – auch für Geschäftsreisende – bundesweit an der Spitze und mindert die Attraktivität als Reiseziel und Übernachtungsort.

↗ Wie es besser wird

- **Tourismus als Querschnittsaufgabe begreifen** – und systematisch in Stadtentwicklungsprozesse integrieren, etwa durch Investitionen in touristische Infrastruktur und Aufenthaltsqualität.
- **Stadtmarke entwickeln – positive Identität stärken:** Wiesbaden sollte einen strukturierten Markenbildungsprozess anstoßen, der die Gesamtstadt in den Blick nimmt. Ziel ist ein prägnanter, positiv aufgeladener Stadt-Claim, der das Stadtmarketing stärkt und die Identifikation mit der Stadt fördert.
- **Mehrwerte für Geschäftsreisende schaffen** – z. B. durch ein kostenfreies ÖPNV-Ticket während des Aufenthalts.
- **Regionale Zusammenarbeit vertiefen** – im Schulterschluss von Wiesbaden, Rheingau und dem Untertaunus.
- **Kongress- und Tagungswesen stärken** – Die Konkurrenz in der Metropolregion ist groß. Wiesbaden sollte seine Position als Messe- und Kongressstadt ausbauen, die Infrastruktur modernisieren und gezielt Formate fördern, die Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zusammenbringen.



- **Keine weiteren Belastungen für Gäste** – der Kurbeitrag in Wiesbaden ist bereits hoch. Die Akzeptanz sollte durch zusätzliche Leistungen und klare Kommunikation erhöht werden.
- **Kulturwirtschaft stärken** – als integralen Bestandteil des Standorts. Ihre finanzielle Ausstattung muss dauerhaft verlässlich und zukunftsfest sein.

Wie wir uns stark machen

Mit dem jährlichen „Tourismusdialog“ und unserer Beteiligung am Partnernetzwerk Tourismus bringen wir die Akteure zusammen und setzen Impulse für den Standort. Durch die regelmäßige Studie „Wirtschaftsfaktor Tourismus“ machen wir zudem die ökonomische Bedeutung der Branche sichtbar und schaffen eine fundierte Grundlage für politische Entscheidungen.



10. Interkommunale Zusammenarbeit stärken

➔ Wie es ist

Viele zentrale Zukunftsfragen – etwa in den Bereichen Flächenentwicklung, Mobilität, Energie oder Digitalisierung – machen nicht an Gemeindegrenzen halt. Sie lassen sich dauerhaft nur im Schulterschluss erfolgreich bewältigen. Besonders innerhalb des Rheingau-Taunus-Kreises besteht bei der Zusammenarbeit, zum Beispiel in der Wirtschaftsförderung oder im Stadtmarketing, noch Luft nach oben. Die besondere Lage zwischen zwei Landeshauptstädten sowie die Zugehörigkeit zur Metropolregion FrankfurtRheinMain bieten große Potenziale für mehr gemeinsames Handeln.

↗ Wie es besser wird

- **Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing besser koordinieren** – auf Ebene benachbarter Kommunen oder – wo sinnvoll – gemeinsam organisieren. Auch in Bereichen wie Energie- und Wärmeplanung, Verwaltung, Telekommunikation oder Daseinsvorsorge steckt noch mehr Kooperationspotenzial.
- **Gemeinsame Flächenstrategien erarbeiten** – inklusive Entwicklung interkommunaler Gewerbegebiete und gemeinsamer Energieparks.

- **Ein integriertes Mobilitätskonzept für die Region entwickeln** – abgestimmt, vernetzt und zukunftsorientiert.
- **Regionale Clusterbildung im Rheingau-Taunus-Kreis gezielt fördern** – differenziert nach Stärken, Schwächen und Alleinstellungsmerkmalen, wie es die Wirtschaftsförderungsstrategie des Kreises bereits skizziert. Eine klarere wirtschaftliche Profilbildung der Kommunen kann Synergien heben.
- **Die „Doppelhauptstadt“ Mainz-Wiesbaden als strategische Einheit stärken** – durch abgestimmtes Vorgehen und enge Zusammenarbeit im Sinne der gemeinsamen Region.
- **Mit klarer Stimme in der Metropolregion auftreten** – die Wirtschaftsregion Wiesbaden mit ihren rund 500.000 Einwohnern braucht mehr Gewicht und Präsenz in FrankfurtRheinMain.

Wie wir uns stark machen

Als Teil von „PERFORM Zukunftsregion FrankfurtRheinMain“ arbeiten wir eng mit den Wirtschaftskammern und weiteren Partnern zusammen und leiten die Arbeitsgruppe Energieversorgung und -infrastruktur. Darüber hinaus bringen wir die Perspektive der regionalen Wirtschaft in zahlreiche Kooperationsprojekte ein und werben konsequent für mehr interkommunale Zusammenarbeit.



A photograph of a classical building facade. The image shows a section of a white building with a prominent pediment supported by two large, fluted columns with Corinthian capitals. The pediment is decorated with a row of square, projecting brackets. The text "INDUSTRIE UND HAN" is inscribed in large, dark, serif capital letters across the front edge of the pediment. The sky is a clear, light blue. The lighting suggests a bright day, with shadows cast on the building's surface.

INDUSTRIE UND HAN

DELSKAMMER



Herausgeber

Industrie- und Handelskammer Wiesbaden
Wilhelmstraße 24-26
65183 Wiesbaden
www.ihk.de/wiesbaden

Ihr Ansprechpartner

Fabian Lauer
Tel. 0611 1500-126
f.lauer@wiesbaden.ihk.de

Konzeption und Gestaltung: kraftundadel Werbeagentur, Wiesbaden

Bildquellen:

S. 6, S. 15 , S. 18, S. 22: Shutterstock

S. 9: iStock

S. 12/13: © Martin Nicholas Kunz @Wiesbaden Congress & Marketing GmbH

S. 21: © Thomas Ott @Wiesbaden Congress & Marketing GmbH

S. 17: © ESWE Verkehr / Foto: Jonas Werner-Hohensee

S. 24/25: © FJS Fotografie Josh Schlasius / Wikipedia Commons

